

Euro-Rettungsschirm | 30.05.2013 | Lesezeit 2 Min.

Deutschland hilft nicht allein

Auch wenn Deutschland schon aufgrund seiner wirtschaftlichen Stärke eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der Euro-Schuldenkrise spielt, ist es keineswegs der einzige Geldgeber.

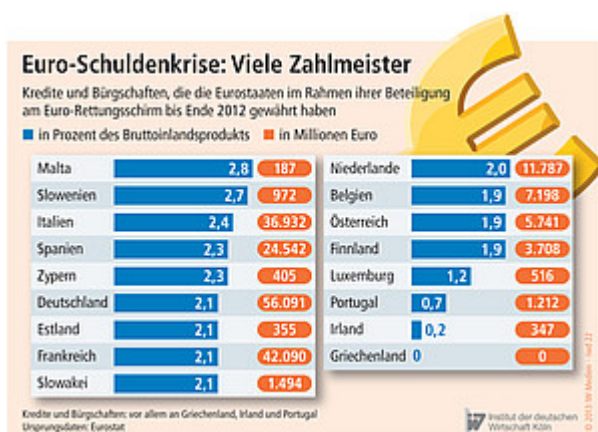
Die Erleichterung in der zypriotischen Hauptstadt Nikosia war groß: Nachdem das Land vor kurzem die Troika aus EU, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds von seinem Reformwillen überzeugt hat, kommt nun der dringend benötigte Kredit über insgesamt 9 Milliarden Euro aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM).

Was für Zypern eine große Entlastung bedeutet, ist für den Rettungsschirm eher „Kleingeld“ – schließlich verfügt er über ein Finanzvolumen von bis zu 500 Milliarden Euro. Dennoch tut der ESM gut daran, nicht allzu freigiebig zu sein. Andernfalls würde den betroffenen Staaten der Anreiz fehlen, selbst maßgeblich zur Lösung ihrer Probleme beizutragen. Zudem liegt es im Interesse der Geberländer, nicht mehr Hilfen bereitzustellen als unbedingt nötig.

Dabei steht der Begriff der Geberländer zu Recht im Plural – denn Deutschland muss die Krisenstaaten keineswegs im Alleingang retten (Grafik):

Von allen Eurostaaten, die im Rahmen ihrer Beteiligung am Euro-Rettungsschirm bis Ende 2012 Kredite und Bürgschaften gewährt haben, trug

Deutschland nur den sechstgrößten Anteil – gemessen an seiner Wirtschaftsleistung waren es 2,1 Prozent.



Italien – nach Malta und Slowenien der drittgrößte Zahler – kam dagegen auf 2,4 Prozent. Und obwohl die Italiener selbst tief in einer Rezession stecken, diskutieren sie weniger kritisch über die Rettungspakete als die Bundesbürger.

Dass Deutschland beim ESM keineswegs über den Tisch gezogen wird, zeigt auch ein Blick auf die Konditionen der Hilfspakete. Zwar profitieren die Krisenländer von niedrigeren Zinsen und längeren Rückzahlungsfristen, dafür müssen sie aber die Troika ins Land lassen und Reformverträge unterschreiben.

Anders als manchmal vermutet, entsteht den Geberstaaten zudem kein Verlust. Denn die Zinsen, die der ESM von den unterstützten Ländern bekommt, sind – einschließlich der Verwaltungskosten – immer noch höher als jene, die er selbst zur Aufnahme der Hilfgelder zahlen muss.

Entscheidend ist ohnehin, ob die Rettungsstrategie zum Erfolg führt – und darauf deutet einiges hin. So haben Irland und Portugal die geforderten Reformen weitgehend umgesetzt und können dank sinkender Zinsen die von ihnen benötigten Kredite wohl bald wieder selbst am Kapitalmarkt aufnehmen. Und sogar in Griechenland sind die Fortschritte unübersehbar.

Euro-Schuldenkrise: Weitere Infos

Eine Auswahl an Artikeln, die der iwd seit Beginn des vergangenen Jahres zum Thema Euro-Schuldenkrise veröffentlicht hat: Zur Funktionsweise und Ausgestaltung des Euro-Rettungsschirms: iwd 12/2012, 33/2012 und 18/2013 Zu den Maßnahmen der EZB: iwd 38/2012 Zur Wirtschaftslage und den Reformbemühungen in den Krisenländern: iwd 25/2012 (Krisenländer allgemein), iwd 45/2012 und 14/2013 (Griechenland), iwd 7/2013 (Italien), iwd 19/2012 und 9/2013 (Portugal), iwd 26/2012 (Zypern)

Kernaussagen in Kürze:

- Auch wenn Deutschland schon aufgrund seiner wirtschaftlichen Stärke eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der Euro-Schuldenkrise spielt, ist es keineswegs der einzige Geldgeber.
- Zypern bekommt nun den dringend benötigten Kredit über insgesamt 9 Milliarden Euro aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM).
- Von allen Eurostaaten, die Kredite und Bürgschaften gewährt haben, trug Deutschland nur den sechstgrößten Anteil - gemessen an seiner Wirtschaftsleistung waren es 2,1 Prozent.